



CO₂-Gesetz und Klima-Initiative im Nationalrat

Der VCS Verkehrs-Club der Schweiz ist enttäuscht über die Ergebnisse der Klimadebatte im Nationalrat. Der Grosse Kammer zog dem CO₂-Gesetz die wichtigsten Zähne: Sie hat die CO₂-Abgabe auf Treibstoffen aus dem Gesetz gestrichen.

Die Emissionen von Neuwagen sollen nicht wirkungsvoll eingeschränkt werden. Klimaschutz sieht anders aus.

Was zu befürchten war, ist eingetreten: Der Nationalrat hat es verpasst, Massnahmen zu einer wirksamen Klimapolitik zu beschliessen. Er will sich mit einem ungenügenden Klima-Reduktionsziel von bloss 20 Prozent im Inland bis 2020 zufrieden geben. Der VCS erachtet eine Reduktion von 40 Prozent als nötig und erreichbar.

Die grosse Kammer strich auch die Möglichkeit aus dem Gesetz, eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen einzuführen. Ohne eine solche Abgabe wird die Schweiz das Klimaziel im Verkehrsbereich auf jeden Fall verpassen. Die Zahlen des Bundesamtes für Umwelt belegen dies: Statt abzunehmen steigt der CO₂-Ausstoss des Verkehrs an – von 15,48 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 1990 auf 17,64 Millionen Tonnen im Jahr 2008. Anders das Bild beim Heizöl, wo eine CO₂-Abgabe existiert: Hier sanken die Emissionen von 25,4 Millionen Tonnen im Jahr 1990 auf 22,55 Millionen Tonnen im Jahr 2008.

Ein Grenzwert, der keiner ist

Die Mehrheit des Nationalrats machte sogar noch einen Schritt zurück, indem sie einen absolut wirkungslosen Emissionsgrenzwert für Neuwagen verabschiedete. Bis 2015 soll der durchschnittliche CO₂-Ausstoss von Neuwagen auf 150 Gramm pro Kilometer sinken. Die Schweiz bleibt damit weit hinter dem internationalen Standard zurück und wird zu einem negativen Sonderfall in Europa. Die EU will den durchschnittlichen CO₂-Ausstoss ihrer Neuwagen bis 2015 bekanntlich auf 130 Gramm pro Kilometer senken und zusätzlich 10 Gramm über einen Pflichtanteil bei den biogenen Treibstoffen reduzieren. Der VCS fordert analog der EU eine Reduktion auf 120 Gramm pro Kilometer.

Der VCS bedauert ausserdem, dass der Nationalrat dem Bund die Koordinationshoheit im Klimaschutz entziehen will. Diese ist eine zentrale Aufgabe des Bundes und gehört als solche auch im Gesetz verankert.

Zu kurzfristig gedacht

Gibt der *Ständerat* nicht Gegensteuer, verkommt das CO₂-Gesetz zu einem Papiertiger. Die Argumentation der bürgerlichen Parlamentarier, strenge Massnahmen würden die einheimische Wirtschaft benachteiligen, ist unzutreffend. Mit einer fortschrittlichen Klimapolitik könnte die Schweiz erstens neue und zukunftsträchtige Arbeitsplätze schaffen. Zweitens verursacht eine ungebremste Klimaerwärmung immense Kosten, die Bund, Kantone und Gemeinden belasten.

Weitere Informationen: Franziska Teuscher, Zentralpräsidentin VCS, Tel.: 079 608 91 03

Caroline Beglinger, Leiterin Verkehrspolitik VCS, Tel.: 079 310 11 86

Bern, 1. Juni 2010, nach Behandlung des Themas durch den Nationalrat am 31. Mai 2010